

Aktuelle KMU-Umfrage

Wo drückt die KMU der Schuh?

Von Peter Eisenhut

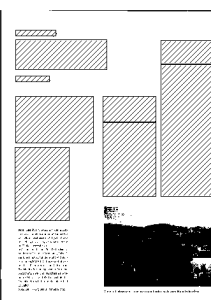
KMU-Politik hat Hochkonjunktur: Parteien, Regierungen und Verbände, sie alle haben sich in letzter Zeit die Förderung von KMU auf die Fahne geschrieben. Von all diesen Bemühungen merkt allerdings die Zielgruppe, eben die Klein- und Mittelunternehmen, bisher herzlich wenig.

Weniger als die Hälfte der Unternehmen sind laut Umfrage der Meinung, dass ihre Anliegen von Kantonen und Gemeinden ernst genommen werden. Die Mehrheit der Befragten (57 Prozent) hingegen fühlt sich nicht ernst genommen. Aus Branchensicht liegt der Anteil der Zufriedenen im Handel/Gastgewerbe mit 28 Prozent Ja-Anteil besonders tief. Im verarbeitenden Gewerbe fühlt sich eine knappe Mehrheit (52 Prozent) von Kanton und Gemeinde ernst genommen, wobei die Zustimmung mit steigender Unternehmensgrösse zunimmt. Insbesondere die kleinen Betriebe mit ein bis neun Mitarbeitenden fühlen sich mit ihren Anliegen beim Staat im Stich gelassen. Besonders alarmierend dabei: 58 Prozent der Betriebe fühlen sich vom Staat behindert.

Arbeitsmarktregulierung

Die Forderung nach einer Aufhebung einschränkender Vorschriften für die Dauernacharbeit hat aus allen Branchen und sämtlichen Regionen eine hohe Zustimmung erhalten. Bei Grossunternehmen (über 250 Mitarbeiter) liegt der Ja-Anteil bei 94 Prozent und diese Unternehmensklasse ist es auch, welche dieses Postulat in der Mehrheit (57 Prozent) als wichtig erachtet. Im verarbeitenden Gewerbe bewerten es 40 Prozent als wichtig, während in den anderen Branchen nur rund 27 Prozent dieser Forderung eine grosse Bedeutung beimessen.

Hinter der Forderung, die in Gesamtarbeitsverträgen vereinbarte wöchentliche Höchst Arbeitszeit ohne



volle Lohnanpassung erhöhen zu können, stehen im Baugewerbe 77 Prozent, aber auch bei den Firmen, die unternehmensbezogene Dienstleistungen erbringen, beträgt die Zustimmung 65 Prozent. Im Handel und im Gastgewerbe sowie in der Bauwirtschaft erhält dieses Postulat nicht nur eine hohe Zustimmung, sondern wird auch von gut 40 Prozent als wichtig klassiert. Im verarbeitenden Gewerbe halten hingegen nur 29 Prozent die Ausdehnung der Höchst-arbeitszeit für wichtig.

Die Zustimmung zum Postulat, die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland zu reduzieren, ist aus allen Branchen, sämtlichen Grössenklassen und allen Regionen grösser als 50 Prozent und beinahe die Hälfte der Befragten betrachten entsprechende Massnahmen der Kantone als wichtig. Offen bleibt allerdings, an was für Massnahmen die Unternehmer dabei gedacht haben. 60 Prozent der Unternehmen sind der Meinung, dass der Bund aus Nicht-EU-Ländern keine unqualifizierten Arbeitskräfte zulassen soll.

Kundenorientierung der Verwaltung

Mit 96 Prozent Zustimmung steht die Forderung nach einer Beschleunigung von Baubewilligungsverfahren an der Spitze der Rangliste sämtlicher Postulate. Der Ruf ist dabei einhellig von sämtlichen Branchen und aus sämtlichen Regionen lautstark zu vernehmen. Auch die Wichtigkeit dieses Anliegens wird von 59 Prozent als hoch eingestuft. Es ist nicht erstaunlich, dass dieser Anteil bei den Baufirmen sogar 78 Prozent beträgt.

Die Einführung eines Testes zur KMU-Verträglichkeit von neuen Erlassen erhält eine sehr hohe und sehr breite Zustimmung – quer durch alle Branchen, Regionen und Unternehmensgrössen. Zudem findet mehr als die Hälfte der Unternehmen einen solchen Test wichtig.

Die Zustimmung zur Reform oder Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts sowie die Wichtigkeit dieses Anliegens machen deutlich, wie stark sich die Unternehmen durch die aktuelle Anwendung des Verbandsbeschwerderechts behindert fühlen. Auffallend ist auch, dass ein beträchtlich grösserer Anteil eine Reform der Verbandsbeschwerde einer Abschaffung vorzieht. Diese Ansicht wird von sämtlichen Branchen geteilt. Besonders geschlossene Kritik am Verbandsbeschwerderecht erheben das verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft.

Fiskalische Entlastung

In Bezug auf eine fiskalische Entlastung erhielt die Forderung zur steuerlichen Erleichterung in der Nachfolgeregelung mit 93 Prozent am meisten Zustimmung und gehört damit auch in die Spitzengruppe sämtlicher Postulate. Mehr als die Hälfte der Unternehmer ordnen diesem Postulat auch die Bedeutung «wichtig» zu.

Die steuerliche Begünstigung von Risikokapital wird ebenfalls von einer deutlichen Mehrheit der Befragten gefordert. Für Kleinbetriebe hat dieses Postulat eine hohe Bedeutung, hingegen halten es drei Viertel der Grossbetriebe für unwichtig.

Ebenso messen Kleinbetriebe der Reduktion der Mehrwertsteuer-

sätze eine höhere Bedeutung zu als Grossbetriebe. Für das Gastgewerbe und den Handel ist diese Forderung wichtiger als für die Industrie.

Der Anteil der Zustimmenden zu steuerlichen Entlastungen von neu gegründeten KMU weicht zwischen den Branchen und nach Grössenklassen nur wenig voneinander ab. Mit einem markanten Unterschied: Die Hälfte der Kleinunternehmen hält diese Entlastung für wichtig, bei Grossunternehmen sind es nur ein Fünftel.

Die Doppelbesteuerung der Gewinne und Dividenden (zuerst im KMU und dann beim Eigentümer) soll abgeschafft werden. 66 Prozent der zustimmenden Unternehmer halten diese Forderung für wichtig. Damit steht die Abschaffung der Doppelbesteuerung in der Rangliste der Wichtigkeit aller Postulate auf dem ersten Platz.

Um die Doppelbelastung von Kapital und Vermögen zu beseitigen, soll die Kapitalsteuer auch auf Kantonsebene aufgehoben werden. Auch diese fiskalische Entlastungsforderung erhält eine grosse Zustimmung und hohe Priorität, mit nur relativ kleinen Unterschieden zwischen Branchen, Regionen und Unternehmensgrössen.

Finanzielle Förderung

Die Forderung nach einem Rahmenkredit zur Anschubfinanzierung für KMU und Spin-offs erhält am meisten Zustimmung von allen Postulaten zur Kostenbeteiligung oder finanziellen Förderung. Insgesamt wird sie aber nur von einer Minderheit unterstützt. Zudem halten auch die Unternehmen, die eine Forderung unterstützen, diese meist für wenig wichtig.

tig.

Über alle Branchen hinweg wird die Forderung, den Tourismus mit mehr staatlichen Mitteln zu fördern, abgelehnt. Dass aber dieses Postulat am meisten Zuspruch vom Gastgewerbe (67 Prozent) erhält und dass 50 Prozent dieser Branche eine solche Förderung auch als wichtig erachten, ist nicht erstaunlich.

Den Postulaten nach Kostenbeteiligung des Staates an Aufwendungen der KMU (FuE-Projekte, Messeauftritte, Marktanalysen usw.) kommt wenig Unterstützung und wenig Bedeutung zu – auch von Kleinunternehmen, speziell aber von mittleren und grösseren Unternehmen. Ganz offensichtlich ist es gemäss Einschätzung der Unternehmen nicht Aufgabe des Staates, den KMU mit finanziellen Beiträgen unter die Arme zu greifen.

Öffentliche Aufträge

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen nicht-kostendeckende Angebote generell ausgeschlossen werden: Diese Forderung geniesst sowohl die höchste Zustimmung als auch die höchste Wichtigkeit aller Postulate im Bereich der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Bei der Umsetzung dieses Postulates dürfte es sich allerdings als schwierig erweisen, den kostendeckenden Preis eines Angebotes zu bestimmen.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen viele Teillose gebildet werden, damit auch kleinere Unternehmen mitbieten können. Es versteht sich von selbst, dass dieser Anforderung vor allem Kleinunternehmen (74 Prozent) zugestimmt haben. Allerdings ist es auch bei den Klein-

unternehmen nur eine Minderheit (39 Prozent), welche die Bildung von Teillosen für wichtig hält.

41 Prozent schliessen sich dem Postulat an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ausschliesslich auf das Preis-Leistungs-Verhältnis geachtet werden soll. Das jedoch bedeutet, dass eine Mehrheit von 59 Prozent neben dem Preis-Leistungs-Verhältnis noch andere Kriterien bei der Auftragsvergabe berücksichtigt haben möchte. Vor allem Baufirmen und Kleinunternehmen wünschen, dass bei der Auftragsvergabe weitere Kriterien als Entscheidungsgrundlage herbeigezogen werden: zum Beispiel kurze Anfahrts- und Transportwege, Zuschlag für einheimische Anbieter, auch bei höherem Preisangebot (bis zu 5 Prozent höher als auswärtige Konkurrenz), Zahl der beschäftigten Lehrlinge.

Die wichtigsten Themenbereiche

Abbau von Geboten und Verboten, Vereinfachung administrativer Verfahren und fiskalische Entlastungen sind die drei Bereiche, bei denen gemäss Umfrage der grösste und bedeutendste Handlungsbedarf besteht. Deutlich weniger wichtig werden die Bereiche Vergabe öffentlicher Aufträge und finanzielle Anreize beurteilt. Was von den Unternehmen primär gefordert wird, sind vielmehr weniger staatliche Eingriffe und grössere Freiräume als aktive staatliche Unterstützung.

... nach Branchen

Speziell für das verarbeitende Gewerbe (insbesondere Nahrungsmittel-, Textil-, Holz-, Papier- und chemische Industrie) ist der Abbau von Geboten

und Verboten von höchster Priorität. Das Baugewerbe misst der Bevorzugung bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen eine bedeutend grössere Wichtigkeit zu als die anderen Branchen. Bei den Dienstleistungen für Unternehmen wird der Vereinfachung administrativer Verfahren und der fiskalischen Entlastung mehr Bedeutung beigemessen als dem Abbau von Geboten und Verboten.

... und Unternehmensgrösse

Zwischen Klein- und Grossbetrieben bestehen bei der Bedeutung der Themenbereiche folgende Unterschiede: Die Bereiche finanzielle Anreize und Bevorzugung bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen werden bei Kleinunternehmen von einer grösseren, aber trotzdem deutlichen Minderheit als wichtig erachtet. Die Forderung nach Abbau von Geboten und Verboten steigt hingegen mit zunehmender Unternehmensgrösse an, von 53 Prozent bei Kleinbetrieben bis 92 Prozent bei Grossunternehmen.

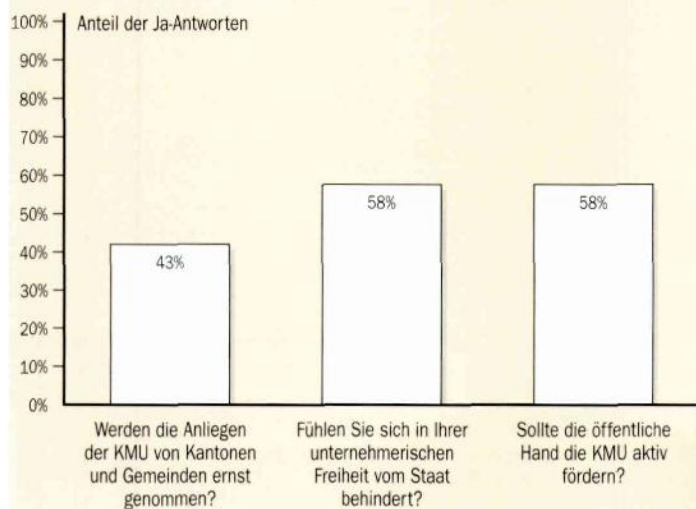
Handlungsbedarf

Ein besonderer Handlungsbedarf zeigt sich bei jenen Postulaten, denen die Mehrheit zustimmt und die wiederum von einer Mehrheit der Zustimmenden als wichtig erachtet werden. Folgende Forderungen vereinen diese doppelte Mehrheit:

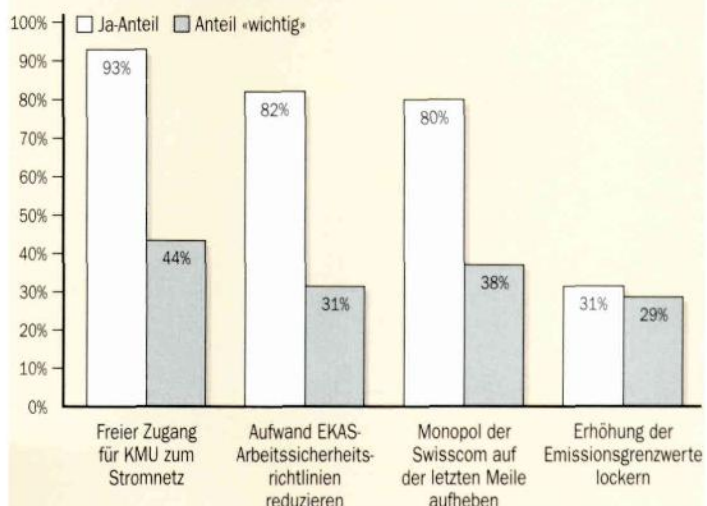
- Baubewilligungsverfahren beschleunigen;
- KMU-Verträglichkeitstest einführen;
- Verbandsbeschwerderecht reformieren beziehungsweise abschaffen;
- Nachfolgeregelung von KMU steuerlich begünstigen;

- Doppelbesteuerung von Gewinnen und Dividenden abschaffen;
- Kapitalsteuer abschaffen;
- nicht kostendeckende Angebote bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ausschliessen. **MQ!**

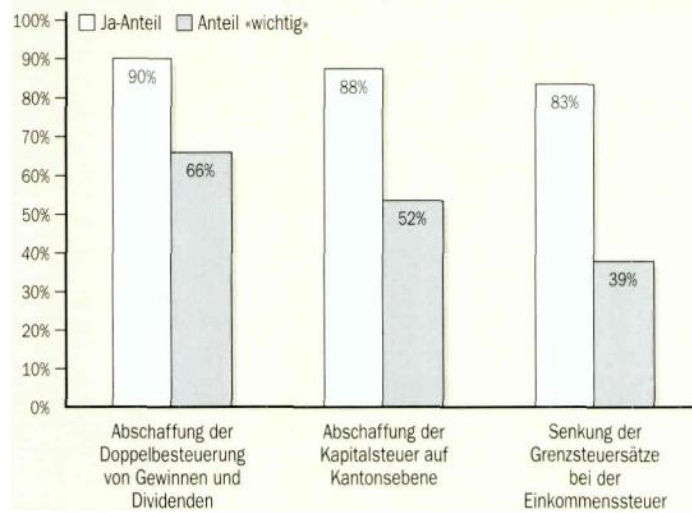
Wie ist die Stimmung?



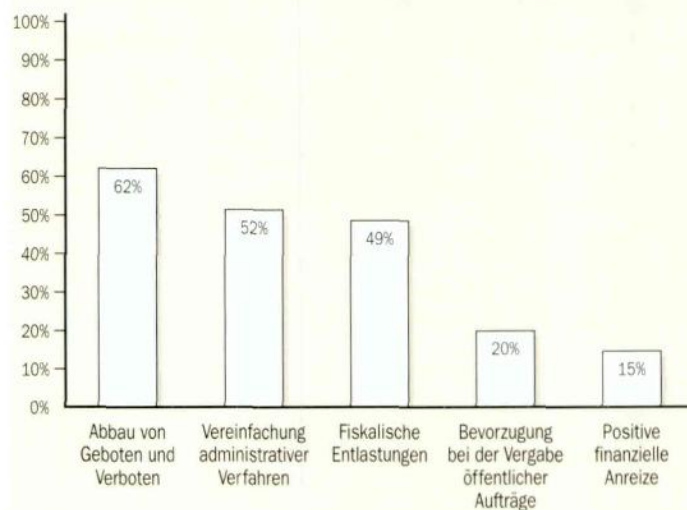
Abbau von Geboten und Verboten

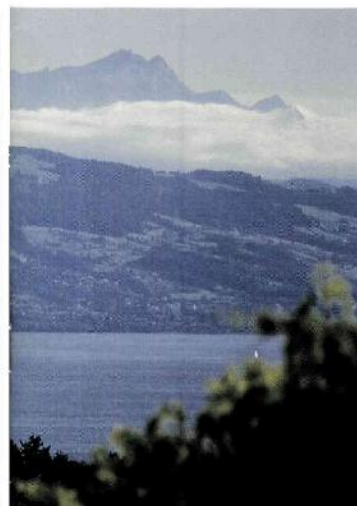


Doppelbesteuerung und Einkommenssteuer



Welche Teilbereiche sind am wichtigsten





Archivbild

Viele ostschweizer Unternehmen fühlen sich vom Staat behindert

KMU-Umfrage

Als Instrument zur Gewinnung von näheren Informationen zur Behinderung und Förderung von KMU durch den Staat hat die IHK St.Gallen-Appenzell eine Umfrage durchgeführt. Im August 2004 wurden 4766 Fragebogen an Unternehmen aus den Kantonen St.Gallen und den beiden Appenzell versandt. Die Rücklaufquote betrug 21,5 Prozent. Der Fragebogen enthielt vorwiegend politische Postulate. Die Befragten konnten diesen Forderungen zustimmen oder sie ablehnen. Bei Zustimmung wurde zusätzlich die Wichtigkeit dieses Postulates abgefragt.

Befragte Unternehmen nach Branchengruppen

Branchengruppe	Anzahl	Anteil
Verarbeitendes Gewerbe	387	37,8 Prozent
Baugewerbe	171	16,7 Prozent
Handel, Gastgewerbe	115	11,2 Prozent
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	230	22,4 Prozent
Übrige	122	11,9 Prozent
Total	1025	100 Prozent

Peter Eisenhut, Chefökonom der Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell, Gallusstrasse 16, CH-9001 St.Gallen, Tel. +41 (0)71 224 10 10, peter.eisenhut@ihk.ch, www.ihk.ch

In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Urs Fueglistaller und Dr. Heiko Bergmann, Schweizerisches Institut für Klein- und Mittelunternehmen/KMU-HSG, Universität St.Gallen; Prof. Dr. Fritz Forrer und Dr. Hubertus Schmid, Institut für angewandte Betriebswirtschaftslehre und Qualitätsmanagement/IQB an der FHS Hochschule für Technik, Wirtschaft und Soziale Arbeit St.Gallen.

Gekürzte Fassung des Umfrageberichts.